

Wiebke Schröder

Zwischen den USA und der Volksrepublik China

Wiebke Schröder

Zwischen den USA und der Volksrepublik China

Interessen und Präferenzen
deutscher Unternehmen



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010

Lektorat: Katrin Emmerich / Sabine Schöller

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe
Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17030-5

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	9
Tabellenverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	15
1 Theoretische Grundlagen	19
1.1 Überblick und wissenschaftstheoretische Grundlagen	19
1.2 Der Neue Liberalismus nach Andrew Moravcsik	24
1.2.1 Kernaussagen	24
1.2.2 Varianten	28
1.2.3 Anspruch	31
1.3 Thema der Untersuchung	32
1.3.1 Ableitung der Fragestellung	32
1.3.2 Abgrenzung von bestehenden Studien	36
1.3.3 Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte	37
2 Forschungsdesign	39
2.1 Gang der Untersuchung	39
2.1.1 Länder: USA und China	39
2.1.2 Analyseebene: Mikroebene	44
2.1.3 Akteurswahl: Grundlagen	47
2.1.4 Unternehmen: BASF, Daimler, Siemens, Deutsche Bank, Allianz	50
2.1.5 Präferenzbestimmung: Empirisch-induktiv	52
2.1.6 Methoden: Datenanalyse, Interviews, Dokumentenanalyse	54
2.2 Analyseschema	58
2.2.1 Grundinteresse	59
2.2.2 Präferenz	59

2.2.3	Strategie	61
2.2.4	Verhalten	61
2.2.5	Zusammenschau	61
2.3	Kritische Würdigung	62
2.3.1	Untersuchung nationalstaatlicher Außenpolitik	62
2.3.2	Auswahl der Akteure	63
2.3.3	Induktives Vorgehen	64
2.3.4	Gewicht der Interviews	65
2.3.5	Fazit	66
3	Empirische Analyse: Makroebene	67
3.1	Handel mit Waren und Dienstleistungen	67
3.1.1	Warenverkehr: Exporte	67
3.1.2	Warenverkehr: Importe	71
3.1.3	Dienstleistungsverkehr: Exporte	74
3.2	Kapitalausfuhr und verbundene Größen	77
3.2.1	Direktinvestitionen	77
3.2.2	Anzahl Unternehmen	82
3.2.3	Umsatz	84
3.2.4	Mitarbeiter	87
3.3	Diskussion	90
3.3.1	Zusammenfassung	90
3.3.2	Interpretation	91
3.3.3	Problematisierung	93
4	Empirische Analyse: Mikroebene	97
4.1	BASF	97
4.1.1	Porträt der Branche und des Unternehmens	97
4.1.2	Das Unternehmen und die USA	99
4.1.3	Das Unternehmen und die VR China	107
4.1.4	Zusammenfassung und Interpretation	115
4.2	Daimler	116
4.2.1	Porträt der Branche und des Unternehmens	116
4.2.2	Das Unternehmen und die USA	119
4.2.3	Das Unternehmen und die VR China	128
4.2.4	Zusammenfassung und Interpretation	136
4.3	Siemens	138

4.3.1	Porträt der Branche und des Unternehmens	138
4.3.2	Das Unternehmen und die USA	140
4.3.3	Das Unternehmen und die VR China	146
4.3.4	Zusammenfassung und Interpretation	153
4.4	Deutsche Bank	155
4.4.1	Porträt der Branche und des Unternehmens	155
4.4.2	Das Unternehmen und die USA	157
4.4.3	Das Unternehmen und die VR China	164
4.4.4	Zusammenfassung und Interpretation	171
4.5	Allianz	173
4.5.1	Porträt der Branche und des Unternehmens	173
4.5.2	Das Unternehmen und die USA	176
4.5.3	Das Unternehmen und die VR China	183
4.5.4	Zusammenfassung und Interpretation	191
5	Ergebnis	193
5.1	Das Interesse der deutschen Wirtschaft in Bezug auf die USA und China	193
5.1.1	Orientierung und Präferenzen der Akteure	193
5.1.2	Anliegen an die Politik	197
5.1.3	Wirtschaftsinteresse und betriebliche Realität	198
5.2	Fazit im Hinblick auf Moravcsiks Ansatz	200
5.2.1	Wirtschaftliche Präferenzen und politische Orientierung	201
5.2.2	Wirtschaftliche Anliegen und politische Handlungen	204
5.2.3	Strukturelle wirtschaftliche Faktoren und politische Orientierung	206
5.3	Zusammenfassung	207
6	Schlussbetrachtung	209
6.1	Der Neue Liberalismus in kultureller und zeitlicher Perspektive	209
6.1.1	Räumlich-kulturelle Ebene	209
6.1.2	Zeitliche Ebene	211
6.2	Überprüfung der Robustheit der Ergebnisse	213
6.2.1	Einflussfaktor Fallstudien	214
6.2.2	Einflussfaktor Untersuchungszeitraum	216
6.3	Wissenschaftstheoretische Reflektion	217

7	Literatur	219
A	Daten der Unternehmen	251
B	Verzeichnis der Interviews	259

Abbildungsverzeichnis

2.1	Das Interesse der (deutschen) Wirtschaft in seinen Bestandteilen . . .	59
3.1	Ausfuhren aus der BRD	68
3.2	Anteil der Ausfuhren in die USA und die VRC an den Gesamtausfuhren	70
3.3	Einfuhren in die BRD	72
3.4	Anteil der Einfuhren aus den USA und der VRC an den Gesamteinfuhren	73
3.5	Einnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr	75
3.6	Anteil der USA und der VRC an den Einnahmen der BRD aus dem Dienstleistungsverkehr	76
3.7	Bestand deutscher FDI im Ausland	80
3.8	Anteil der FDI in den USA und in der VRC am Wert der gesamten deutschen Bestände im Ausland	81
3.9	Anzahl deutscher Unternehmen im Ausland	83
3.10	Anteil der deutschen Unternehmen in den USA und in der VRC an den gesamten deutschen Unternehmen im Ausland	84
3.11	Umsätze deutscher Unternehmen im Ausland	85
3.12	Anteil der Umsätze in den USA und in der VRC an den gesamten Umsätzen deutscher Unternehmen im Ausland	86
3.13	Anzahl der Mitarbeiter deutscher Unternehmen im Ausland	88
3.14	Anteil der Mitarbeiter in den USA und in der VRC an den gesamten Mitarbeitern deutscher Unternehmen im Ausland	89

Tabellenverzeichnis

1.1	Theoretische Ansätze der Analyse	20
2.1	Auswahl der Unternehmen	51
3.1	Zuwachsrate der deutschen Ausfuhren	69
3.2	Faktor, um den der Wert der Ausfuhren in die USA höher ist als jener in die VRC	69
3.3	Zuwachsrate der Einfuhren in die BRD	72
3.4	Faktor, um den der Wert der Einfuhren aus den USA höher ist als jener aus der VRC	73
3.5	Zuwachsrate der Einnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr	75
3.6	Faktor, um den der Wert der Ausfuhren von Dienstleistungen in die USA höher ist als jener in die VRC	76
3.7	Zuwachsrate deutscher FDI im Ausland	79
3.8	Faktor, um den der Wert der Bestände in den USA höher ist als derjenige in der VRC	80
3.9	Zuwachsrate deutscher Unternehmen im Ausland	83
3.10	Faktor, um den die Anzahl an deutschen Unternehmen in den USA höher ist als in der VRC	84
3.11	Zuwachsrate der Umsätze deutscher Unternehmen im Ausland	85
3.12	Faktor, um den der Umsatz deutscher Unternehmen in den USA höher ist als derjenige in der VRC	86
3.13	Zuwachsrate der Mitarbeiter deutscher Unternehmen im Ausland	87
3.14	Faktor, um den die Anzahl der Mitarbeiter in den USA höher ist als diejenige in der VRC	88
A.1	BASF: Entwicklung von Umsätzen, Mitarbeiterzahlen und Investitionen	251
A.2	Daimler: Entwicklung von Umsätzen und Mitarbeiterzahlen	252
A.3	Daimler: Absatzentwicklung im Geschäftsfeld Mercedes-Benz Cars	253
A.4	Daimler: Entwicklung einzelner Geschäftsfelder	254

A.5	Siemens: Entwicklung von Umsätzen und Mitarbeiterzahlen	255
A.6	Deutsche Bank: Entwicklung von Erträgen und Mitarbeiterzahlen . . .	256
A.7	Allianz: Entwicklung von Erträgen, Einnahmen und Mitarbeiterzahlen	257

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
BAIC	Beijing Automotive Industry Holding Company, Ltd.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BJC	Beijing Jeep Corporation
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
CBRC	China Banking Regulatory Commission
CBU	Completely Built Up (Fertigungsart in der Automobilproduktion)
CFIUS	Committee on Foreign Investment in the United States
CI	Corporate Investments
CIB	Corporate and Investment Bank
CIRC	China Insurance Regulatory Commission
CKD	Completely Knocked Down (Fertigungsart in der Automobilproduktion)
DAX	Deutscher Aktienindex
ECB	European Central Bank
EU	Europäische Union
EU-25	EU mit 25 Mitgliedsstaaten (bis einschl. 2006)
EU-27	EU mit 27 Mitgliedsstaaten (seit 2007)
EWU	Europäische Währungsunion
FAW	First Automotive Works
FDI	Foreign Direct Investment
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
GE	General Electric
GPA	Government Procurement Agreement
IAS	International Accounting Standards
ICBC	Industrial and Commercial Bank of China

JV	Joint Venture
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
Ltd.	Limited Company
LLC	Limited Liability Company
MPIfG	Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NDRC	National Development and Reform Commission
NEA	Northeast Asia
NEC	non-equity forms of collaboration
NYSE	New York Stock Exchange
OEM	Original Equipment Manufacturer
OFII	Organization for International Investment
o. V.	ohne Verfasser
PCAM	Private Clients and Asset Management
PIMCO	Pacific Investment Management Company LLC
RER	Reed Electronics Research
SHIBOR	Shanghai Interbank Offered Rate
SE	Societas Europaea (Europäische Gesellschaft)
SVR	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
TAK	Transaktion
TEC	Transatlantic Economic Council
UAW	United Auto Workers
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
USBI	U.S. Business Initiative
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
VCI	Verband der Chemischen Industrie
VDA	Verband der Automobilindustrie
VRC	Volksrepublik China
WTO	World Trade Organization
ZVEI	Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie

Einleitung

Der Büchermarkt nimmt eine sich auflösende Vormachtstellung des Westens im 21. Jahrhundert vorweg. Da ist vom „Erwachten Drachen – Großmacht China im 21. Jahrhundert“ die Rede. „Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens“ führen dabei bis zu einer „Entmachtung des Westens“ und läuten ganz allgemein ein asiatisch-pazifisches Jahrhundert oder wahlweise ein chinesisches Jahrhundert ein.

Die Entwicklung der Volksrepublik China entzieht sich aufgrund ihrer Vielschichtigkeit und Komplexität zweifelsohne der Erfassung durch eine einzige griffige Formel („ein Land, tausend Systeme“ (Heberer, 2006/07)). Gleichwohl wird deutlich, dass sich das Staatensystem in einer Phase des Umbruchs befindet. Die Vereinigten Staaten von Amerika bilden zwar die größte Wirtschaftsnation und sind aufgrund ihres militärischen Potentials wohl allein in der Lage, Weltordnungspolitik zu betreiben. Zumindest die ökonomischen Gewichte verschieben sich jedoch enorm. So ist beispielsweise der Einfluss der BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China auf die Weltwirtschaft im Laufe der letzten Jahre kontinuierlich angestiegen. Sicherlich sind die einzelnen Staaten heute noch weit davon entfernt, ein Gewicht vergleichbar mit dem der USA erlangt zu haben. Das gilt insbesondere, wenn man auf pro-Kopf-Größen abstellt. Ob sich tatsächlich ein „global power shift“ (Hoge, 2004, 2) hinsichtlich wirtschaftlicher und politischer Einflusskraft einzelner Länder einstellt, ist daher umstritten. Entscheidend ist, dass eine Diskussion über eine mögliche Verschiebung der Gewichte einzelner Staaten weltweit geführt wird. Die derzeitige Situation wird daher als Phase des Umbruchs wahrgenommen.

In dieser Zeit stellt sich für die Bundesrepublik die Frage nach ihrer außenpolitischen Orientierung mit besonderer Schärfe, denn für Deutschland ist zugleich der strategische Imperativ einer engen Bindung an die USA weggefallen. Insbesondere während des Ost-West-Konfliktes war das Bündnis mit den USA von vitalem Interesse, da der Eiserne Vorhang mitten durch die Bundesrepublik verlief. Deutschland hätte daher unter einem Ausbruch des latent drohenden militärischen Konflikts besonders zu leiden gehabt. Entsprechend galt die transatlantische Partnerschaft – neben der engen Bindung an Frankreich und dem nachhaltigen Einsatz

für die Europäische Union (EU) – als ein Pfeiler der deutschen Außenpolitik. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, dem Zerfall der Sowjetunion und der Abwehr einer unmittelbaren militärischen Bedrohung ist diese Sicherheitspartnerschaft von weniger fundamentaler Bedeutung. Es wird mithin eine intensive Diskussion geführt, ob die transatlantischen Beziehungen auch zukünftig einen ebenso zentralen Stellenwert in der deutschen Außenpolitik einnehmen werden wie bislang.

Wenngleich in den letzten Jahren eine Fülle an theoretischen Studien zur Außenpolitikanalyse sowie an empirischen Studien zur deutschen Außenpolitik durchgeführt wurde, herrscht keine Einigkeit hinsichtlich der Frage, welcher theoretische Ansatz außenpolitisches Verhalten verlässlich prognostizieren oder auch nur umfassend erklären könnte. Die vorliegende Arbeit möchte auf dieser „Metaebene“ einen Beitrag leisten. Es wird ein Ansatz der Außenpolitikanalyse – der Neue Liberalismus – zugrunde gelegt und der Frage nachgegangen, ob die grundlegenden Annahmen des Ansatzes helfen, Aussagen zur zukünftigen außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik in Richtung auf die USA und die Volksrepublik China zu treffen. Es soll so ein Beitrag zur theoretischen Debatte gegeben werden, speziell hinsichtlich der Frage, wie man die außenpolitische Orientierung eines Staates vorhersagen kann.

Der verwendete theoretische Ansatz stellt auf eine zentrale Rolle wirtschaftlicher Interessen bei der Bildung außenpolitischer Präferenzen und der strategischen Ausrichtung eines Staates ab. Gegenstand der Untersuchung ist daher die Entstehung und Entwicklung von Interessen der deutschen Wirtschaft hinsichtlich der USA und der Volksrepublik China. Neben einem Überblick über die makroökonomischen Daten leistet die Untersuchung vorrangig eine fundierte empirische Analyse wirtschaftlicher Präferenzen am Beispiel ausgewählter Akteure. Erklärtes Ziel ist es dabei, die Denk- und Handlungsweisen der wirtschaftlichen Akteure der politikwissenschaftlichen Debatte zugänglich zu machen. Diese Mikrofundierung der wirtschaftlichen Präferenzbildung ist der zweite wesentliche Beitrag der Arbeit.

Im Mittelpunkt stehen dabei die USA und die Volksrepublik China. Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden aus den oben genannten Gründen gewählt: Sie sind für die Bundesrepublik von herausragender Bedeutung und sie spielen weltpolitisch die tragende Rolle. Die Volksrepublik China fand als ein Vertreter der Schwellenländer Eingang in die Untersuchung. Aus der Mehrzahl bestehender Studien geht die Volksrepublik neben Indien als „aussichtsreichster“ Kandidat für den Aufstieg zu einer Nation von weltpolitisch tragender Bedeutung hervor. Die Entscheidungsträger in Peking legen im Übrigen auch den unbedingten Willen

an den Tag, dass China diese Bedeutung einmal einnehmen wird. Darüber hinaus bildet die Volksrepublik unter den Schwellenländern wohl den stärksten Gegenpol zu westlichen Vorstellungen, in jedem Fall einen stärkeren als Indien. In der sozialistischen Volksrepublik regiert eine kommunistische Einheitspartei mit absolutem Führungsanspruch. Die Staatsform ist jedoch nur der nach außen augenscheinlichste Bereich. Wir teilen mit China kaum historisch-kulturelle Wurzeln. Das erklärt, dass grundsätzliche Vorstellungen – etwa über den Rang des Individuums, über die Bedeutung persönlicher Freiheitsrechte oder über den Stellenwert des persönlichen Eigentums – den westlichen Vorstellungen diametral gegenüberstehen. Die Auswahl der beiden Länder erfolgte schließlich noch aus einem übergeordneten Grund, der im Verhältnis zwischen den USA und der VRC liegt. US-Amerikaner sehen im Aufstieg Chinas die strategische Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Da die beiden Mächte verschiedene Vorstellungen hinsichtlich der Ausgestaltung des internationalen Systems haben, gilt das Verhältnis zwischen ihnen als eine zentrale ordnungspolitische Größe des 21. Jahrhunderts.

Die Studie hat folgenden Aufbau: Zunächst wird der theoretische Ansatz, der den Ausgangspunkt der Arbeit bildet, dargestellt. Er wird auch in die bestehenden Ansätze zur Analyse von Außenpolitik eingeordnet, um so die Arbeit in der wissenschaftstheoretischen Debatte zu verorten. Aus der Theorie heraus wird die grundlegende Annahme der Arbeit begründet, nämlich dass wirtschaftliche Akteure eine entscheidende Rolle bei der Bildung außenpolitischer Präferenzen spielen. Davon ausgehend wird die Fragestellung der Arbeit entwickelt: Kann die Orientierung wirtschaftlicher Akteure helfen, Aussagen über die politische Orientierung in Richtung auf die USA und China zu machen? Die Beantwortung der Frage liefert den zuvor genannten Beitrag zur theoretischen Debatte, den die Studie leisten will.

Dem theoretischen Kapitel folgt die Darstellung des Forschungsdesigns. Dabei wird der theoretische Ansatz operationalisiert, das heißt der empirischen Analyse zugänglich gemacht. Es wird der Aufbau der Untersuchung vorgestellt und die Auswahl von Ländern und Fallstudien begründet. Zudem werden die grundlegenden Begriffe definiert und handhabbar gemacht sowie die getroffenen Annahmen dargestellt. Auch die Forschungsmethoden werden genannt und kritisch hinterfragt.

Der sich anschließende Teil bildet das Kernstück der Arbeit. Im Mittelpunkt steht die empirische Analyse. Der Prozess der wirtschaftlichen Präferenz- und Interessenformulierung wird auf Makro- und Mikroebene dargestellt. Der Schwerpunkt liegt darauf, die Welt der wirtschaftlichen Akteure herauszuarbeiten, wobei primär ein wirtschaftswissenschaftliches Instrumentarium angewendet wird. Aus

dieser Untersuchung kann der oben genannte zweite Beitrag der Studie abgeleitet werden.

Im fünften Kapitel erfolgt wiederum der Rückbezug der wirtschaftlichen Analyse auf den politikwissenschaftlichen Ausgangspunkt. Dabei wird zusammenfassend dargestellt, weshalb die Interessen ökonomischer Akteure nur sehr begrenzt dabei helfen können, Aussagen über die außenpolitische Orientierung in Richtung auf die USA und China zu machen. Dabei soll auch der liberale Ansatz differenziert gewertet werden. Das sechste Kapitel reflektiert in einer Schlussbetrachtung den theoretischen Ansatz.

Auch wenn die Analyse ergeben hat, dass der zugrunde gelegte Ansatz nur sehr begrenzt taugt, um Aussagen hinsichtlich der zukünftigen außenpolitischen Orientierung zu machen, so kann die Arbeit über diesen „Negativ-Befund“ hinaus einen eigenständigen Beitrag leisten. Aus der Verbindung einer politikwissenschaftlichen Fragestellung mit einer mikrofundierten, wirtschaftswissenschaftlichen Analyse kann das Verständnis der jeweiligen Denk- und Handlungsweisen in beiden Disziplinen erhöht werden. Auch wird so das Verhältnis von Wirtschaft und Außenpolitik im 21. Jahrhundert weiter geklärt. Dies ist insbesondere in einem Land wie der Bundesrepublik wichtig, in dem der heimische Wohlstand hochgradig vom Erfolg der deutschen Industrie im Ausland abhängt.

1 Theoretische Grundlagen

1.1 Überblick und wissenschaftstheoretische Grundlagen

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Entstehung und Entwicklung wirtschaftlicher Präferenzen und ihrer Rolle bei der strategischen Ausrichtung der Außenpolitik eines Staates. Den theoretischen Ausgangspunkt bildet der liberale Ansatz der Außenpolitikanalyse, wie ihn Andrew Moravcsik (1997, 2003) formuliert hat. Moravcsik geht von der Annahme aus, dass gesellschaftliche Akteure, die ihren materiellen und ideellen Interessen nachgehen, die Außenpolitik eines Staates bestimmen. Sein Ansatz wird im Folgenden als „Neuer Liberalismus“ bezeichnet.

Außenpolitik steht in engem Zusammenhang mit internationaler Politik: Das Verhalten einzelner Staaten prägt das internationale System; gleichzeitig wirkt sich die außerstaatliche Umwelt auf außenpolitische Handlungen aus. Daher entstanden – zusätzlich zu den eigens für die Außenpolitikanalyse entwickelten Ansätzen – aus den Theorien der Internationalen Beziehungen Ansätze, die das Verhalten eines Staates innerhalb der Staatenwelt zu erklären suchen. Der Neue Liberalismus ist eine solche Theorie, die zugleich der Analyse der internationalen Beziehungen sowie nationalstaatlicher Außenpolitik dient. Da sich Moravcsik mit seinem Ansatz gezielt von bestehenden Großtheorien absetzen möchte, wird zunächst ein kurzer Blick auf den größeren Kontext geworfen.

Die einzelnen Ansätze der Analyse von Außenpolitik bzw. der internationalen Beziehungen können mit Carlsnaes (2002) nach ihrer wissenschaftstheoretischen Fundierung voneinander abgegrenzt werden.¹ Je nach dem ontologischen oder

¹ Häufig werden die Ansätze der Außenpolitikanalyse und der Internationalen Beziehungen nach der Analyseebene strukturiert. Dabei werden zumeist in Anlehnung an Waltz (1959) drei Ebenen unterschieden, je nachdem wo die unabhängige Variable, mittels derer staatliches Verhalten erklärt wird, angesiedelt ist: Erstens die systemische oder internationale Ebene, die auf die Position des Staates im internationalen System abstellt; zweitens die Ebene des Staates, bei der Eigenschaften des Nationalstaates untersucht werden; drittens die individuelle Ebene, die nach den individuellen, psychologischen Eigenschaften einzelner Staatsmänner fragt.

Tabelle 1.1: Theoretische Ansätze der Analyse

Ontologische Grundhaltung	Epistemologische Grundhaltung	
	<i>Objektivismus (Erklärend)</i>	<i>Interpretativismus (Verstehend)</i>
<i>Holismus</i>	(Neo-)Realismus, Institutionalismus	Konstruktivismus
<i>Individualismus</i>	Neuer Liberalismus	Snyder 1962, Zelikow & Rice 1995

Quelle: Darstellung in Anlehnung an Carlsnaes (2002).

epistemologischen Standpunkt des Theoretikers unterscheidet er vier grundlegende theoretische Perspektiven: Die ontologische Perspektive bestimmt, ob Wissenschaftler die Grundlage sozialer Dynamiken eher in den Strukturen (holistische Ansätze) oder beim Individuum (individualistische Ansätze) sehen. Die zweite Variable bezieht sich auf die epistemologische Grundhaltung des Betrachters. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Erkenntnis zu gewinnen ist. Hier wird unterschieden, ob der Wissenschaftler der Ansicht ist, dass er seinen Untersuchungsgegenstand aus einem objektiven Blickwinkel betrachten kann (Objektivismus) oder ob er versucht, Handlungen interpretierend von innen heraus zu erklären (Interpretativismus). In objektivistischen Ansätzen gelten soziale Phänomene als durch Gesetzaussagen erklärbar, d. h. es wird davon ausgegangen, dass sozialwissenschaftliche auf demselben Weg wie naturwissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden können.² Tabelle 1.1 zeigt die möglichen Kombinationen und nennt Beispiele.

Moravcsiks Theorie ist demnach den erklärenden, akteurszentrierten Ansätzen zuzuordnen und grenzt sich bewusst von (neo-)realistischen Ansätzen ab, die den bedeutendsten theoretischen Strang bilden.³ Daher lässt eine kurze Vorstellung ihrer Annahmen die Konturen von Moravcsiks Ansatz besonders deutlich hervortreten. (Neo-)realistische Analysen widmen sich der Welt der Staaten, die sie als zentrale Akteure der internationalen Politik betrachten. Der Staat wird als einheit-

² Hollis und Smith (1990) erläutern die Unterscheidung ausführlich, Zangl (1999, 14-51) erläutert sie knapp.

³ Die Frage, ob der Neorealismus eine Theorie der Außenpolitik ist, wurde intensiv geführt, da Waltz seinen Ansatz als hierfür nicht geeignet sieht (Waltz, 1996), (Elman, 1996). Baumann, Rittberger und Wagner (2001, 37-67) bieten ein Beispiel für eine empirische Anwendung.

lich und rational handelnd modelliert. Die zentrale Kategorie ist „Macht“: Staaten streben danach, ihre Macht zu steigern, um so ihre Souveränität und ihr Überleben zu sichern. Das nationale Interesse ist daher exogen determiniert; außenpolitisches Verhalten wird unter Berücksichtigung der zwischenstaatlichen Machtverteilung analysiert.⁴ Ein Staat ändert dabei sein Verhalten als Reaktion auf sich ändernde externe Faktoren; innerstaatlichen Einflüssen wird keine entscheidende Bedeutung beigemessen, sie werden meist als konstant definiert.

Der Realismus ist nicht unabhängig von seinem Entstehungskontext in der Mitte des 20. Jahrhunderts zu verstehen. Die Autoren reflektierten in ihrer Theoriebildung merklich das Aufkommen faschistischer und stalinistischer Regime, das Scheitern des Völkerbundes, den zweiten Weltkrieg und schließlich die Ausbildung eines bipolaren internationalen Systems während des Ost-West-Konfliktes (Krell, 2004, 62-65). Den Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Konfliktes der Systeme konnten (neo-)realistische Ansätze ebenso wenig wie konkurrierende Großtheorien vorhersagen (Lebow & Risse-Kappen, 1995).⁵ Es wurden jedoch die neorealistischen Ansätze insbesondere wegen ihrer Konzentration auf die systemische Ebene kritisiert: Dies führte dazu, dass die für das Ende des Ost-West-Konfliktes wichtigen innerstaatlichen Veränderungen nicht erfasst werden konnten. Daher erfuhren nun Theorien Aufwind, die stärker auf innere Einflussfaktoren abstellen. Von dieser „Wiederentdeckung der Innenpolitik“ (Hellmann & Wolf, 1993, 163) profitierten auch die liberalen Ansätze, die bereits in den 1970er Jahren die Grundlage zahlreicher Studien gebildet hatten.⁶ Sie drehen das Argumentationsmuster – und somit die Reihenfolge von Ursache und Wirkung – um: Nicht das internationale System bestimmt das Handeln eines Staates, sondern interne, gesellschaftliche Faktoren (Harrison, 2004, 9).⁷

4 Der Hauptunterschied zwischen Realisten und Neorealisten besteht in der Begründung der Staatsinteressen. Der klassische Realismus nach Morgenthau leitet das staatliche Machtstreben aus der menschlichen Natur ab. Der strukturelle Neorealismus nach Waltz stellt auf die (anarchische) Struktur des internationalen Systems ab: Staaten streben nach Machtvergrößerung, um Unsicherheit zu reduzieren und so ihr eigenes Überleben zu sichern. Nach Grieco (1990, 3) stimmen Vertreter beider Richtungen jedoch in grundlegenden Annahmen überein. Eine ausführliche Unterscheidung ist für die Arbeit nicht relevant.

5 Waltz (1964) ging z. B. davon aus, dass das bipolare System stabil sei und das 20. Jahrhundert überdauern würde.

6 Einen Überblick über diese Entwicklung bieten Müller und Risse-Kappen (1990) und Harnisch (2003).

7 Es argumentieren nicht alle der liberalen Richtung zugeordneten Ansätze individualistisch wie der Neue Liberalismus. Einige Autoren stellen auch auf Strukturen ab, wobei im Unterschied zu neorealistischen Ansätzen innerstaatliche, nicht internationale Strukturen untersucht werden. Ein pro-

Liberalen Theorien der internationalen Beziehungen können auf eine lange Tradition zurückblicken. Ihre Grundlagen liegen bei Staatstheoretikern und Philosophen, wie zum Beispiel Immanuel Kant, John Stuart Mill oder Woodrow Wilson. Lange Zeit konnte der Liberalismus jedoch kein positivistisches Forschungsprogramm vorweisen. Vertreter argumentierten – zumindest im Urteil ihrer Kritiker – häufig normativ oder idealistisch (Zacher & Matthew, 1995).

Moravcsik griff die uneinheitlichen Ansätze auf. Ausgehend von einem Überblick über verschiedene Theorien arbeitete er ihnen zugrunde liegende gemeinsame Annahmen heraus. Aus diesen formulierte er erstmals eine nicht-ideologische, nicht-utopische liberale Theorie internationaler Beziehungen, aus der sich falsifizierbare Hypothesen ableiten lassen. Diese integrative Leistung wird als sein größtes Verdienst gesehen. Da Moravcsiks Arbeit zwar auf dem Fundament der liberalen Ansätze beruht, ihr gleichzeitig aber ein strikt positivistisches Wissenschaftsverständnis zugrunde liegt, wird sein Ansatz auch als Neuer Liberalismus bezeichnet (Schieder, 2003), (Moravcsik, 2008).

Neorealistische und neoliberale Ansätze unterscheiden sich hinsichtlich des gewählten Analysefokus. Beide verbindet jedoch ein objektivistisches Wissenschaftsverständnis sowie eine rationalistische Grundhaltung.⁸ Der Neue Liberalismus beruht auf dem Menschenbild vom homo oeconomicus, wie es James Buchanan (1989) für die Sozialwissenschaften definiert hat. Dabei wird davon ausgegangen, dass Menschen rational handeln, also ihren Nutzen unter Nebenbedingungen maximieren: „Individuals maximize utility subject to constraints“ (Buchanan, 1989, 41). Menschen wollen dabei von Gütern, die sie als positiv beurteilen, eher mehr als weniger besitzen. Welche Wahl in einer bestimmten Situation rational ist, hängt von den Nebenbedingungen ab: „The choice which qualifies rational under one set of constraints is not that which qualifies under another set“ (Buchanan, 1989, 41). Moravcsik (1997, 517) schränkt die Rationalitätsannahme im Sinne der begrenzten Rationalität ein.⁹ Es wird davon ausgegangen, dass die Entscheidungsträger nicht

minentes Beispiel ist das „Organizational Process Model“ von Allison (1969, 698-707). Die einzelnen liberalen Ansätze können also durchaus in verschiedenen Quadranten der Tabelle liegen. Die Ansätze lassen sich zudem in ein Staats-Gesellschafts-Kontinuum einordnen, je nachdem auf welchen Bereich sie den Fokus der Analyse legen (Skidmore & Hudson, 1993). Hagan (1995) bietet ebenfalls einen Überblick.

8 Rationalismus ist eine bezüglich der Methodologie getroffene Entscheidung. Ihr gegenüber steht der Reflexivismus (Zangl, 1999, 40 ff.).

9 Das Konzept der begrenzten Rationalität stammt von Herbert Simon. Die Übersetzung des Begriffes ins Deutsche führte zu einer Vielfalt zum Teil unpräziser Bezeichnungen. Die Autorin folgt Simon (1985) und verwendet die Begriffe der begrenzten Rationalität (bounded rationality) und

die objektiv beste Handlungsoption im Sinne der Nutzenmaximierung suchen. Da sie nur begrenzte Kapazitäten haben um Informationen zu verarbeiten, akzeptieren sie eine Alternative bereits, wenn sie ein bestimmtes, erwartetes Nutzenniveau befriedigt (Behrens & Noack, 1984, 122). Abgestellt wird also auf eine subjektiv rationale Wahl.

Ansätze, die die Position des Verstehens einnehmen, lehnen in der Regel die rationalistische Grundhaltung ab. Hierzu zählt der Konstruktivismus als die jüngste der großen theoretischen Strömungen.¹⁰ Im Zentrum steht die Annahme, dass politisches Verhalten nicht unabhängig vom sozialen Kontext verstanden werden kann. Ideen, kulturelle Faktoren und Normen stehen demnach im Mittelpunkt der Analyse. Moravcsik (1999) erhebt gegen diese Richtung den Vorwurf, sie verliere sich in meta-theoretischen Diskursen und böte keine empirisch falsifizierbaren Annahmen. Individualistische Ansätze, wie von Snyder, Bruck und Sapin (1962) oder Zelikow und Rice (1995), untersuchen psychologische Faktoren, um die Entscheidungen der Akteure zu erklären und gehen davon aus, dass das Verhalten einzelner Personen den Verlauf der Geschichte prägt. Die Richtung ist von untergeordneter Bedeutung (Carlsnaes, 2002, 341).

Während also zahlreiche Theorien außenpolitisches Verhalten erklären, besteht kein kohärenter Analyserahmen.¹¹ Ebenso wenig herrscht Einigkeit hinsichtlich der Frage, welcher Ansatz am tauglichsten ist. Dies legt die Vermutung nahe, dass sich staatliche Außenpolitik nicht monokausal erklären lässt. Vielmehr erscheint es plausibel, dass verschiedene Faktoren, sowohl aus der internationalen Umwelt als auch aus dem innerstaatlichen Umfeld, auf das Verhalten eines Staates einwirken und in verschiedenen Situationen von unterschiedlicher Erklärungskraft sind. Wenn also die vorliegende Arbeit eine bestimmte theoretische Perspektive als Ausgangspunkt nimmt, so geschieht das nicht in der Annahme, dieser Ansatz bilde die gesamte Wirklichkeit ab. Der zugrunde gelegte Neue Liberalismus modelliert vielmehr einen spezifischen Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Interessen und Außenpolitik. Die Analyse soll klären, inwieweit dieser Ansatz fruchtbar ist, um die grundsätzliche strategische Ausrichtung der staatlichen Außenpolitik vorherzusagen.

der prozeduralen Rationalität (procedural rationality) synonym. Eine detaillierte Beschreibung ist in Simon (1982) und der Einleitung zu Simon (1959).

10 Der Konstruktivismus war ursprünglich keine politikwissenschaftliche, sondern eine soziologische Theorie. Harnisch (2002, 24 ff.) gibt einen Überblick über die einzelnen Ansätze.

11 Einen Überblick aus US-amerikanischer Perspektive bietet Hudson (2005).

1.2 Der Neue Liberalismus nach Andrew Moravcsik

1.2.1 Kernaussagen

Der Neue Liberalismus als theoretische Grundlage der Arbeit wird nun im Einzelnen beschrieben. Grundlegend ist die Annahme, dass außenpolitische Präferenzen eines Staates durch die ihn tragende Gesellschaft geformt werden und dass die so entstandenen Staatspräferenzen die zentrale Kategorie auf der Ebene des internationalen Systems bilden.

Liberal IR (International Relations *W.S.*) theory elaborates on the insight that state-society relations – the relationship of states to the domestic and transnational social context in which they are embedded – have a fundamental impact on state behaviour in world politics. Societal ideas, interests, and institutions influence state behaviour by shaping state preferences, that is, the fundamental social purposes underlying the strategic calculations of governments (Moravcsik, 1997, 513).

Aus dieser grundlegenden Prämisse werden drei Annahmen abgeleitet. Sie bilden den Kern des theoretischen Konstrukts. Mit ihnen grenzt Moravcsik seinen Entwurf von den anderen Großtheorien ab, also insbesondere von realistischen und institutionalistischen sowie später auch von konstruktivistischen Ansätzen. Die Kernannahmen beschreiben nacheinander die politischen Hauptakteure und ihre Motive, den Staat und dessen Verhältnis zu diesen sowie das internationale System. Sie werden nun der Reihe nach vorgestellt.

Assumption 1: The primacy of societal actors

The fundamental actors in international politics are individuals and private groups, who are on the average rational and risk-averse and who organize exchange and collective action to promote differentiated interests under constraints imposed by material scarcity, conflicting values, and variations in societal influence (Moravcsik, 1997, 516).

Diese Annahme legt fest, dass Individuen die zentralen Akteure sind, und nicht Staaten. Die gesellschaftlichen Individuen können sich auch zu Gruppen zusammenschließen. Moravcsik (1997, 517) geht davon aus, dass Individuen ihre Interessen¹² unabhängig vom politischen Prozess entwickeln: „Socially differentiated individuals define their material and ideational interests independently of politics

¹² Der Begriff des „Interesses“ wird von Moravcsik nicht präzise definiert und auf gesellschaftlicher Ebene nicht von den Präferenzen abgegrenzt. Es bleibt unklar, ob Individuen ihre Interessen durchzusetzen versuchen oder ob sie aus ihren Interessen heraus Präferenzen entwickeln und diese

and then advance those interests through political exchange and collective action.“ Die Annahme, dass gesellschaftliche Akteure aus ihren Interessen heraus außenpolitische Präferenzen entwickeln und dann um Einfluss ringen, um diese durchzusetzen, ist von zentraler Bedeutung. Moravcsik (2003, 162) selbst sagt hierzu:

This assumption should not be controversial. This is tantamount only to saying that relevant domestic groups have some consistent preferences concerning the ultimate goals of foreign policy, based on underlying interests and ideals, and that they are translated into political preferences through individual and group action.

Hieraus wird deutlich, dass Politik als bottom-up Prozess verstanden wird. Das erklärt auch, weshalb gesellschaftliche Interessen „analytical prior to politics“ (Moravcsik, 1997, 517) sind, also der Fokus einer Analyse zunächst auf der Ebene der Gesellschaft liegt. Möchte man staatliches Handeln verstehen, so ist es unabdingbar, im Vorfeld die ihm zugrunde liegenden gesellschaftlichen Interessen zu erkennen: „The central intuition is that we cannot understand the exercise of interstate power or promotion of interstate collective action unless we first understand what fundamental social purposes each state seeks“ (Moravcsik, 2003, 162).

Der Staat dient den Individuen somit dazu, Ziele zu verwirklichen, die sie allein nicht durchsetzen könnten. Staatliche Repräsentanten sind in ihren Entscheidungen dabei nicht unabhängig. Vielmehr determinieren die Präferenzen der Individuen, auf die die Entscheidungsträger angewiesen sind, ihre Handlungen. Den genauen Zusammenhang zwischen individuellen Interessen und Staatspräferenzen beschreibt die zweite Annahme.

Assumption 2: Representation and State Preferences

States (or other political institutions) represent some subset of domestic society, on the basis of whose interests state officials define state preferences and act purposively in world politics (Moravcsik, 1997, 518).

Wenn die erste Annahme also Individuen aus der Gesellschaft als zentrale Akteure festlegt, so modelliert die zweite Annahme Staaten bzw. ihre rational handelnden Staatsbeamten als Repräsentanten der gesellschaftlichen Interessen. In der theoretischen Perspektive werden dem Staat damit (aus analytischen Gründen) Ei-

durchzusetzen versuchen. In seiner konzeptionell ältesten Arbeit verwendet er die Begriffe auf gesellschaftlicher Ebene synonym: Die zentralen Akteure in der internationalen Politik werden einmal als „individuals and privately-constituted groups with autonomous preferences“ (Moravcsik, 1992, 2) beschrieben und ein anderes mal als „members of domestic society [...] seeking to promote their independent interests“ (Moravcsik, 1992, 6).

geninteressen abgesprochen, er ist ein „Ausführorgan“ gesellschaftlicher Interessen. Staatliche Institutionen bilden den Transmissionsriemen – Moravcsik (2003, 163) spricht von „Transmission Belt“ – der es zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglicht, ihre Interessen in die politische Sphäre einzubringen.¹³ Welche gesellschaftlichen Interessen sich durchsetzen, hängt unter anderem von der Struktur der staatlichen Institutionen ab. Die Annahme, dass private Akteure ihre grundlegenden Interessen primär in staatliche Institutionen einspeisen, gilt zumindest in der derzeitigen Epoche. In dem Zuge wie nicht-nationalstaatliche Institutionen (etwa diejenigen der EU) Kompetenzen erlangen, würden die privaten Akteure entsprechend dort ansetzen, um ihre Interessen durchzusetzen (Moravcsik, 2003, 163).

Die außenpolitischen Präferenzen bilden sich dann auf der Grundlage der übermittelten gesellschaftlichen Interessen. Präferenzen werden auf politischer Ebene definitorisch von Taktiken, Interessen und Strategien unterschieden und gelten als „set of fundamental interests defined across ‘states of the world’“ (Moravcsik, 1997, 519). Es handelt sich also um generelle Ziele und Absichten, die strategischen Überlegungen zugrunde liegen. Als fundamentaler Bestimmungsfaktor staatlichen Handelns werden sie zunächst unabhängig vom möglichen Verhalten anderer Staaten gebildet: „Preferences are by definition causally independent of the strategies of other actors and, therefore, prior to specific interstate political interactions, including external threats, incentives, manipulation of information or other tactics“ (Moravcsik, 1997, 519). Präferenzen sind dennoch nicht losgelöst von internationalen Einflussfaktoren. Veränderungen im internationalen Umfeld können sich auf die Interessen der gesellschaftlichen Akteure auswirken, so dass diese entsprechend andere Wünsche in die politische Sphäre einzuspeisen versuchen (Moravcsik, 1992, 42).

13 Moravcsik sieht seine Arbeit als auf sämtliche politische Systeme anwendbar. Er verdeutlicht das am Beispiel des einzelnen Tyrannen: Das repräsentierte gesellschaftliche Interessenspektrum entspräche dann den Interessen dieses Individuums (Moravcsik, 1997, 518). Hieraus ergibt sich allerdings eine theoretische Beliebigkeit hinsichtlich des Umgangs mit den Interessen der politischen Entscheidungsträger. Auf der einen Seite werden staatlichen Akteuren als Transmissionsriemen Eigeninteressen abgesprochen. Auf der anderen Seite können ihre Interessen als Teil des gesellschaftlichen Interessenspektrums durchaus repräsentiert werden. In einem demokratischen System kann dieser Widerspruch bei der Analyse vernachlässigt werden, da eine Vielzahl an gesellschaftlichen Individuen jeweils ihre Interessen einzubringen versucht. Der relative Einfluss der Eigeninteressen der politischen Entscheidungsträger ist also gering. Im Falle einer Tyrannei repräsentiert jedoch der Tyrann allein seine eigenen Interessen. Es stellt sich die Frage, ob Staatsformen wie Monarchien oder Einparteiendiktaturen grundsätzlich anders zu analysieren wären als Demokratien, ob also die Interessen der politischen Repräsentanten in jeweils unterschiedlichem Maße berücksichtigt werden müssten.

Wie erklärt Moravcsik auf dieser Grundlage nun einen Wandel im außenpolitischen Verhalten? Aus liberaler Perspektive gibt es in der Gesellschaft eine „Nachfrage“ nach einer bestimmten Außenpolitik. Aufgrund dieser Nachfrage agiert der Staat. Ändert sich die Nachfrage, so ändern sich auch die Staatspräferenzen. Sich ändernde Staatspräferenzen gelten als zentraler Bestimmungsfaktor für sich wandelndes außenpolitisches Verhalten. Die liberale Theorie analysiert die Auswirkungen solcher Änderungen: „Liberal theory focuses on the consequences for state behavior of shifts in fundamental preferences, not shifts in the strategic circumstances under which states pursue them“ (Moravcsik, 1997, 519). Aufgrund des bottom-up Prozesses können sich Verschiebungen in den fundamentalen Präferenzen also nur ergeben, wenn sich auch gesellschaftliche Interessen grundlegend ändern.¹⁴

Nach den Annahmen bezüglich der relevanten Akteure sowie des Präferenzbildungsprozesses innerhalb des Staates beschreibt die dritte Annahme, wie der Staat letztendlich handelt. Es wird also dargelegt, wie sich die innerstaatlich aggregierten Präferenzen auf der Ebene des internationalen Systems auswirken.

Assumption 3:

The configuration of interdependent state preferences determines state behavior (Moravcsik, 1997, 520).

Die politischen Entscheidungsträger streben in ihrem außenpolitischen Verhalten generell danach, die auf innerstaatlichen Interessen beruhenden Präferenzen zu verwirklichen. Sie setzen diese aber nicht immer vollständig durch, da die Präferenzen anderer Staaten als Beschränkungen wirken. Die tatsächlich gewählten Handlungen, die verfolgten Strategien und Taktiken reflektieren also die zuvor gebildeten Präferenzen, müssen aber nicht identisch mit ihnen sein: „This is not to assert, of course, that each state simply pursues its ideal policy, oblivious of others. Instead, each state seeks to realize its distinct preferences under constraints imposed by the preferences of other states“ (Moravcsik, 2003, 165).¹⁵ Die Präferenz-

14 Eine weitere Möglichkeit wären tiefgreifende Änderungen im institutionellen Gefüge, die anderen gesellschaftlichen Gruppen die Einspeisung ihrer Interessen ermöglichen. Solche spielen jedoch im betrachteten Zeitraum keine Rolle und sollen daher nicht weiter erörtert werden.

15 Nach der zweiten Annahme bilden sich Staatspräferenzen unabhängig von äußeren Einflüssen und spiegeln gesellschaftliche Interessen wider. Die Abweichung von gesellschaftlichen Interessen erfolgt also erst auf der nächsten Ebene, wenn ein Staat mit anderen Staaten in Beziehung tritt. Da Staaten gemäß der dritten Annahme die gesellschaftlichen Präferenzen nicht komplett um/durchzusetzen vermögen, kann grundsätzlich nicht aus dem außenpolitischen Handeln die darunter liegende Präferenz erkannt werden. Folgt man Moravcsik, so ist zwar zu vermuten, dass sich lang-

ordnungen der einzelnen Staaten können dabei konvergieren, divergieren oder sich ergänzen, was sich auf das internationale Konfliktverhalten auswirkt. Während die ersten beiden Annahmen vor allem die innerstaatliche Dimension von Außenpolitik beschreiben, lässt die dritte Annahme den Neuen Liberalismus zu einer Theorie der Internationalen Beziehungen werden.

1.2.2 Varianten

Mit den drei allgemein gehaltenen Kernannahmen stellt Moravcsik sein theoretisches Grundgerüst auf. Er bezeichnet sie selbst als relativ inhaltsleer, unter anderem da sie keine präzisen Quellen der Staatspräferenzen angeben (Moravcsik, 1997, 524). Um aus der Theorie Hypothesen zum außenpolitischen Verhalten eines Staates ableiten zu können, werden die Kernannahmen daher durch drei Theorievarianten konkretisiert. Moravcsik (1997, 524) möchte mit ihnen erstens unterschiedliche Quellen für die Präferenzen mächtiger Akteure spezifizieren, zweitens die Kausalmechanismen, mittels derer sie in Staatspräferenzen transformiert werden, beschreiben sowie drittens die sich ergebenden Muster an Staatspräferenzen auf internationaler Ebene darlegen.¹⁶

Ideeller Liberalismus

Die soziale Identität einer Gesellschaft bildet in der Variante des ideellen Liberalismus einen wichtigen Bestimmungsfaktor der Staatspräferenzen. Zur sozialen Identität gehört „a set of preferences shared by individuals concerning the proper scope and nature of public goods provision“ (Moravcsik, 1997, 525). Hieraus

fristig die Präferenzen im Handeln niederschlagen werden, dies gilt aber nicht bei jeder einzelnen Handlung. Wie genau analytisch die Präferenzen ermittelt werden können, spezifiziert Moravcsik nicht. Es drängt sich die Frage auf, ob sich aus der Theorie überhaupt falsifizierbare Hypothesen ableiten lassen: Stimmt das staatliche Verhalten nicht mit demjenigen überein, das den gesellschaftlichen Präferenzen nach zu erwarten ist, kann ja im Nachhinein stets gesagt werden, der Staat habe es in diesem Fall eben nicht geschafft, die Präferenzen durchzusetzen. Frieden (1999) sowie Lake und Powell (1999) erläutern das Problem.

16 Wie Moravcsik die drei genannten Ziele mit den Theorievarianten genau verfolgt, wird in der Literatur unterschiedlich interpretiert. Nach Harnisch (2002, 17) und Schieder (2003, 178) möchte er mit jeder Variante alle drei Ziele verfolgen. Es wird auch die gegenteilige Ansicht vertreten, wonach jede der Varianten eines der Ziele erfüllt (Carlsnaes, 2002, 339). Moravcsik wird weder der einen, noch der anderen Version in Gänze gerecht. Die ersten beiden Theorievarianten spezifizieren spezielle Quellen der individuellen Präferenzen, die dritte Variante stellt auf die Kausalmechanismen der Transformation ab. Alle drei Varianten beschreiben spezifische Muster internationaler Präferenzformation.